



# Newsletter

Datum

13.11.2007

---

## Nr. 7/07

### **INHALTSÜBERSICHT**

#### **1. HAUPTARTIKEL**

*Alarm um die Strompreise: Fehlstart der Strommarktliberalisierung*

*Alerte sur les prix de l'électricité: départ manqué de la libéralisation du marché de l'électricité*

*Allarme sui prezzi dell'energia elettrica: falsa partenza della liberalizzazione del mercato elettrico*

#### **2. KURZMELDUNGEN**

- *Kinopreise und Verleihmieten in der Schweiz höher als im Ausland*

- *Prix des billets de cinéma et de location des films plus élevés en Suisse qu'à l'étranger*

- *SEPA*

- *Tarif 2007 pour les hospitalisations somatiques aiguës en division commune aux Hospices/CHUV, Hôpital Ophtalmique et Hôpital Orthopédique*

- *Inselspital Bern: Empfehlungen des Preisüberwachers zu den KVG-Tarifen 2006 und 2007*

- *Valeur du point TARMED 2007 pour les prestations ambulatoires de l'Hôpital du Jura: recommandation du Surveillant des prix*

- *Umfassende Analyse zum Medikamentenmarkt*

- *Später Doktrinwechsel bei Cablecom*

#### **3. VERANSTALTUNGEN/HINWEISE**

-



## 1. HAUPTARTIKEL

### **Alarm um die Strompreise: Fehlstart der Strommarktliberalisierung**

*Das neue Stromversorgungsgesetz soll, so der Plan des Bundesrats, zwischen dem 1. Januar und 1. Oktober 2008 etappenweise in Kraft gesetzt werden. Die neue Stromregulierungsbehörde ElCom soll auf den 1. Oktober 2008 für die Preisregulierung wirksam werden. Doch in der Übergangszeit bis zur Preisregulierung drohen Strompreiserhöhungen, welche die Liberalisierung zum Bumerang machen. Der Preisüberwachung sind derzeit über 50 Elektrizitätsnetze mit Tarifierpassungen von durchschnittlich 10 % bekannt. Zudem ist in der ersten Etappe der Liberalisierung bis 2012 die Gefahr akut, dass die KMU und die Haushalte unter 100'000 kWh Jahresverbrauch als gebundene Konsumenten überraschende Strompreiserhöhungen erfahren. Der Preisüberwacher schlägt hier Alarm – auch im Hinblick auf die Ausgestaltung der Verordnung.*

### **Übergangszeit und Systemwechsel als Anlass für Preistreiberei**

Die Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes mit der vom Bundesrat ursprünglich vorgesehenen Teilinkraftsetzung des Stromversorgungsgesetzes auf den 1. Januar/1. Oktober 2008 droht zu einem Fehlstart zu werden. Denn zahlreiche Elektrizitätsversorgungsunternehmen nutzen die Übergangszeit zu übereilten Tarifierpassungen, zur Festlegung oft gänzlich neuer Tarifstrukturen und häufig zu recht massiven Strompreiserhöhungen.

Die neue Strommarkt-Regulierungsbehörde ElCom kann, so der Vernehmlassungsentwurf, erst per 1. Oktober 2008 die Tarife regulieren. Und erst im Verlaufe des nächsten Jahres müssen die Elektrizitätsunternehmen mit dem sog. Unbundling eine transparente Tarifgestaltung vorlegen mit der Tarifierunterteilung in: 1. Kosten der Energie (Stromproduktpreis), 2. Netznutzungsentgelt (Durchleitungskosten), und 3. öffentliche Abgaben (Konzessionsgebühren, Mehrwertsteuern). Dieser Systemwechsel wird nun von zahlreichen Elektrizitätsgesellschaften zum Anlass genommen, ihre Netze neu zu bewerten und den Preis für die Energie entsprechend den im internationalen Stromhandel gestiegenen Energiepreisen anzupassen. Dies führt in vielen Fällen zu Preiserhöhungen, die angesichts der hohen Gewinne der Anbieter eigentlich nicht gerechtfertigt wären.

Diese etappenweise Inkraftsetzung fällt in eine Preisregulierungslücke und gleichzeitig in eine Periode der europaweiten Energieverknappung - sie droht zu einem Preisschub nach oben zu führen, bevor der Wettbewerb richtig zum Tragen kommt.

### **Erhöhungswelle**

Der Preisüberwachung sind derzeit über 50 Fälle von Energieversorgungsunternehmen bekannt, welche Strompreiserhöhungen seitens der Zulieferer melden und/oder Stromtarifierhöhungen oder Änderungen der bisherigen Tarifstruktur vorsehen. Dabei sind noch längst nicht alle Tarifverschiebungen gemeldet und erfasst worden. Ganz sicher gibt es flächendeckende Erhöhungen in den Versorgungsgebieten der Rätia Energie (Graubünden) und der EOS (Westschweiz). Einzelne Tarifierhöhungen gibt



es auch durch die CKW und andere Hochspannungsversorger und dann häufige Endpreiserhöhungen in zahlreichen lokalen Verteilwerken.

Im Ausland sind die Elektrizitätspreise höher als in der Schweiz: um durchschnittlich 6 Rappen in Österreich, um 9 Rappen in Deutschland und um 1-2 Rappen in Frankreich. Gewisse grössere Elektrizitätsunternehmen liefern jetzt lieber Strom ins höherpreisige Ausland denn an bisherige Abnehmer und Verteilwerke in der Schweiz. Solches gehört zur Logik der Elektrizitätsmarktliberalisierung: der Strom fliesst europaweit dorthin, wo am meisten bezahlt wird. Die im nächsten Jahrzehnt drohende Stromverknappung wird aber schon heute und kurzfristig mit rhetorischen Verknappungsszenarien heraufbeschworen, um bei den Stromkunden in diesem Herbst eine Akzeptanz zur geplanten Stromtariferhöhung zu schaffen: Wenn alle denken, der Strom sei knapp, reagieren sie nicht gegen die Erhöhungen im Herbst/Winter 2007 bis 2008. Wir bestreiten die zukünftige Elektrizitätsverknappung nicht, aber im hydrologischen Herbst 2007 gibt es in den schweizerischen Versorgungsgebieten sicher keine Stromversorgungslücke. Allenfalls gibt es heute schon Engpässe bei den internationalen Transportkapazitäten im Hochspannungsbereich.

Besonders störend sind die Erhöhungen der EOS in der Romandie, wo ausser in Genf die Stromtarife heute schon höher sind als in der Deutschschweiz. In Zukunft sollen die Westschweizer Kunden noch mehr bezahlen, weil die EOS nunmehr ihre Liefertarife an ausländischen Marktpreisen orientieren und ihren Gewinn auf Börsenniveau anheben will.

### **Falsches Timing**

Die Preisüberwachung ist noch bis zur Inkraftsetzung des Stromversorgungsgesetzes für die Preisprüfung im Elektrizitätsmarkt zuständig, dann geht die Tarifregulierung an die ECom über. In der Übergangszeit bis zur vollen Wirksamkeit des Stromversorgungsgesetzes (vorgesehen ist der 1. Oktober 2008) ist es rechtlich schwierig, einen Preismissbrauch festzustellen und Verfahren einzuleiten, weil die Elektrizitätsgesellschaften gesetzlich noch nicht zum Unbundling und zur vollen Tariftransparenz (Aufteilung der Tarife in Energiepreise und Netznutzungsentgelte) verpflichtet sind. Solange die Transparenz fehlt, sind Netzkosten, die übrigens mehr als die Hälfte aller Kosten ausmachen, schwierig als missbräuchlich zu qualifizieren.

### **Politischer Druck der Monopolisten**

Die Preisüberwachung hat bisher bei ihrer Preismissbrauchsprüfung für die Durchleitungskosten (Netznutzungsentgelte) eine Eigenkapitalrendite nach Steuern von 7.8 Prozent (vor Steuern von 10 Prozent) und eine Mischrechnung für die Verzinsung des Fremd- und Eigenkapitals (sog. WACC) von 4.5 – 5 Prozent zugestanden. In der Vernehmlassung zum WACC-Modell und zur StromVV verlangen der Verband der Schweizerischen Elektrizitätswerke VSE und der Verband der Hochspannungsnetzbetreiber, Swisselectric, aber einen WACC-Satz von 7-9 Prozent, was einer exorbitanten Eigenkapitalrendite (nach Steuern) von 16 bis 20.5 Prozent entspricht. Würden diese Werte tatsächlich realisiert, wäre mit einem massiven Sprung bei den Durchleitungskosten zu rechnen (siehe Hintergrundpapier der Preisüberwachung: „Auswertung der Anhörung der interessierten Kreise zum WACC“).



Es ist nun am Bundesrat, die vorläufige Obergrenze für den „angemessenen Gewinn“ im Monopolbereich der Netze im Rahmen der StromVV festzulegen. Die genauen Werte sollen später von der EICom definiert werden. Das Elektrizitätsnetz ist und bleibt auch mit und nach der Liberalisierung ein natürliches Monopol, und deshalb unterliegen die Netztarife nach dem Willen des Gesetzgebers auch weiterhin einer Preisregulierung.

### **KMU und Haushalte als gebundene Kleinkunden**

Das neue Stromversorgungsgesetz sieht vor, dass vorläufig nur Grossbezüger mit über 100'000 kWh Jahresverbrauch ihren Stromlieferanten frei wählen können. Kunden mit weniger Stromverbrauch (ca. Fr. 20'000.- Stromkosten) bleiben bis mindestens 2012 gebundene Konsumenten. KMU und Haushalte können sich also nur bei lokalen Elektrizitätsunternehmen eindecken und sind an dessen Tarife gebunden.

Für diese gebundenen, festen Kleinkunden war ursprünglich vorgesehen, dass die Elektrizitätsunternehmen im Sinne eines Preisschutzes ihre Tarife an den Stromgestehungskosten oder den Kosten gemäss den langfristigen Bezugsverträgen ausrichten müssen. Diese Bestimmung in Art. 5 der Stromversorgungs-Verordnung ist aufgrund des Lobbys grosser Elektrizitätsgesellschaften gestrichen worden. Die KMU und die Haushalte, die nicht ausweichen können, sind den Monopoltarifen ausgesetzt.

Diese Lösung ist ein marktwirtschaftlicher Widersinn: Wenn End-of-Pipe die Kleinkunden gebunden sind und nicht auf andere Stromlieferanten ausweichen können, ist es systemwidrig, wenn sich die vorgelagerten Stromlieferanten nach internationalen Energiepreisen und nicht nach den tatsächlichen Beschaffungskosten richten. So schlagen die Stromverkäufe ins hochpreisige Ausland direkt auf den gebundenen Kleinkunden in der Schweiz durch. Jeder Monopolist hat die Tendenz, die im Monopol gebundenen Kunden zu schröpfen, um mit den Erträgen die grossen Kunden im Wettbewerb zu ködern. Der Bundesrat wird diesen Interessenkonflikt in der StromVV lösen müssen.

[Rudolf Strahm/ Simon Pfister/ Véronique Pannatier Sutter/ Pamela Pestoni/ Beat Niederhauser]

Siehe Dokumente:

- Studie Netznutzungsentgelte. Ermittlung der risikogerechten Kapitalverzinsung der Schweizerischen Elektrizitätsnetzbetreiber (WACC) 13.2.2007.
- Auswertung der Vernehmlassung zum WACC, 8.10.2007.
- Kurzfassung der „Auswertung der Anhörung der interessierten Kreise“ zum WACC, vom Nov.2007.

Publiziert unter: [www.preisueberwacher.admin.ch](http://www.preisueberwacher.admin.ch) → „Themen“ → „Infrastruktur“ → „Elektrizität“

Zusätzliche Auskünfte:

Rudolf Strahm, Tel. 031 322 21 02



## **Alerte sur les prix de l'électricité: départ manqué de la libéralisation du marché de l'électricité**

*Selon le calendrier du Conseil fédéral, la nouvelle loi sur l'approvisionnement en électricité entrera en vigueur par étapes entre le 1<sup>er</sup> janvier et le 1<sup>er</sup> octobre 2008. L'EiCom, la nouvelle autorité de régulation en matière d'électricité, pourra examiner les tarifs à partir du 1<sup>er</sup> octobre 2008. Or la période transitoire qui s'étendra jusqu'à cette date risque de donner lieu à des augmentations de prix jugées comme des effets pervers de la libéralisation. La Surveillance des prix sait actuellement qu'une cinquantaine de réseaux électriques procéderont à des adaptations de tarifs de 10 % en moyenne. En outre, il y a tout lieu de penser que, dans la première étape de la libéralisation qui ira jusqu'à 2012, les PME et les ménages dont la consommation annuelle est inférieure à 100 000 kWh seront frappés par des augmentations de prix excessives en tant que consommateurs captifs. Le Surveillant des prix tire également la sonnette d'alarme au sujet de l'ordonnance d'exécution.*

## **Période transitoire et changement de système: hausse des prix en perspective**

La libéralisation du marché de l'électricité risque de prendre un faux départ avec la mise en œuvre partielle initialement prévue aux 1<sup>er</sup> janvier et 1<sup>er</sup> octobre 2008 par le Conseil fédéral pour la loi sur l'approvisionnement en électricité, car les nombreuses entreprises chargées de l'approvisionnement électrique utiliseront cette période transitoire pour adapter rapidement leurs tarifs, fixer des structures tarifaires souvent totalement nouvelles et, généralement, pour augmenter massivement les prix de l'électricité.

L'EiCom, la nouvelle autorité de régulation du marché de l'électricité, ne pourra réguler les tarifs qu'à partir du 1<sup>er</sup> octobre 2008. Ce n'est qu'au cours de l'an prochain que les entreprises d'électricité présenteront une tarification transparente en procédant à une dissociation des coûts (« *unbundling* ») sur le plan comptable qui comprendra 1. les coûts de l'énergie (coûts de production du courant), 2. la rémunération pour l'utilisation du réseau (coûts d'acheminement) et 3. les taxes publiques (redevances de concession, taxe sur la valeur ajoutée). Or ce changement de système va inciter de nombreuses sociétés d'électricité à réévaluer leurs réseaux pour adapter les prix de l'énergie à ceux en hausse du commerce international de l'électricité. Ce phénomène entraîne généralement des augmentations de prix, qui ne seraient pas vraiment justifiées étant donné les revenus élevés des fournisseurs.

Cette mise en vigueur par étapes, qui coïncide avec un vide réglementaire et une période de pénurie énergétique affectant l'Europe entière, risque de faire grimper les prix avant que la concurrence ne puisse s'exercer.

## **Vague d'augmentations de prix**

La Surveillance des prix sait aujourd'hui qu'une cinquantaine d'entreprises d'approvisionnement en énergie font état d'augmentations des prix du courant chez leurs fournisseurs et/ou prévoient des hausses de tarifs ou des modifications de la structure tarifaire actuelle. Les modifications de tarifs ne sont de loin pas toutes annoncées et recensées. Il y aura, selon toute certitude, des augmentations généralisées dans les zones d'approvisionnement de Rätia Energie dans les Grisons



et d'Energie Ouest Suisse (EOS) en Suisse romande. Il y aura également des hausses de tarifs chez les Forces motrices de la Suisse centrale (CKW) et d'autres fournisseurs de courant à haute tension, qui se traduiront chez bon nombre de distributeurs locaux par des augmentations de prix pour le consommateur final.

A l'étranger, les prix de l'électricité sont plus élevés qu'en Suisse (de six centimes en moyenne en Autriche, de neuf centimes en Allemagne et de 1 ou deux centimes en France par exemple). Certaines grandes sociétés d'électricité préfèrent dès lors vendre leur énergie à l'étranger plutôt qu'à leurs clients et distributeurs attirés en Suisse. Cette situation relève de la logique de la libéralisation du marché de l'électricité : le courant est vendu dans les pays européens où il rapporte le plus. Mais on brandit aujourd'hui déjà le spectre de la pénurie d'électricité qui risque d'assombrir la prochaine décennie en répandant des scénarios alarmants afin de mieux faire passer cet automne la hausse prévue des tarifs auprès des consommateurs : si l'idée de la pénurie est intégrée par tous, les hausses de prix prévues entre l'automne/hiver 2007 et 2008 ne susciteront pas de réactions. Sans vouloir nier la pénurie d'électricité qui se profile, l'automne hydrologique 2007 ne connaît aucun problème d'approvisionnement dans les zones de desserte suisses. Reste qu'aujourd'hui, il y a déjà des problèmes sur le plan des capacités de transport au niveau international dans le domaine de la haute tension.

Constat particulièrement fâcheux, les augmentations de tarifs en Suisse romande par EOS. A l'exception de Genève, les tarifs du courant sont aujourd'hui déjà plus élevés en Suisse romande qu'en Suisse alémanique. A l'avenir, la clientèle romande paiera davantage encore parce qu'EOS veut désormais harmoniser ses tarifs de livraison avec ceux pratiqués sur les marchés étrangers et élever ses gains au niveau de la bourse.

### **Erreur de timing**

La compétence de la Surveillance des prix en matière d'examen des prix sur le marché de l'électricité prendra fin avec l'entrée en vigueur de la LAPeI ; la régulation des tarifs sera ensuite confiée à l'EICom. Dans la phase transitoire qui s'étendra jusqu'à la date à laquelle la loi fédérale sur l'approvisionnement en électricité prendra pleinement effet (prévu au 1<sup>er</sup> octobre 2008), il sera difficile sur le plan juridique de faire constater un abus de prix et d'ouvrir une procédure, étant donné que les sociétés d'électricité ne seront pas encore tenues par la loi de pratiquer la méthode dite de l'*unbundling* en vue d'assurer une totale transparence tarifaire (dissociation des tarifs dans les prix de l'énergie et rémunération pour l'utilisation du réseau). Or tant que la transparence ne sera pas appliquée, il sera difficile de qualifier d'abusifs des coûts imputables au réseau qui s'élèveront à plus de la moitié de l'ensemble des coûts.

### **Pression politique exercée par les monopoles**

Dans son examen, la Surveillance des prix a admis jusqu'ici un rendement du capital propre de 7,8 % après impôt (de 10 % avant impôt) pour les coûts d'acheminement (rémunération pour l'utilisation du réseau) et un calcul mixte de l'intérêt de 4,5 à 5 % pour l'intérêt des fonds étrangers et des fonds propres. Or, lors de la consultation



relative à la méthode WACC et à l'ordonnance sur l'approvisionnement en électricité (OApEI), l'Union des centrales suisses d'électricité (UCS) et Swisselectric, l'association des exploitants du réseau à haute tension, ont réclamé un taux WACC de 7 à 9 %, ce qui équivaut à un rendement exorbitant du capital propre (après impôt) entre 16 et 20,5 %. Si ces valeurs devaient se réaliser, il faudrait s'attendre à une explosion des coûts d'acheminement (cf. document de la Surveillance des prix intitulé « Auswertung der Anhörung der interessierten Kreise zum WACC »).

Il appartient désormais au Conseil fédéral de fixer, dans le cadre de l'OApEI, le plafond provisoire du « bénéfice approprié » dans le domaine du monopole des réseaux. Les valeurs exactes seront définies ultérieurement par l'EICom. Le réseau électrique est un monopole naturel qui le restera avec la libéralisation et après celle-ci. C'est la raison pour laquelle, conformément à la volonté du législateur, les tarifs resteront soumis par la suite à une régulation des prix.

### **PME et ménages, des petits clients captifs**

La nouvelle loi fédérale sur l'approvisionnement en électricité prévoit que seuls les gros consommateurs (plus de 100 000 kWh par an) auront, dans une première phase, la liberté de choisir leur fournisseur d'électricité. Les clients consommant moins d'électricité (env. 20 000 francs de frais) resteront des consommateurs captifs pour le moins jusqu'à 2012. Les PME et les ménages pourront s'approvisionner uniquement auprès d'entreprises électriques locales et resteront ainsi liés à leurs tarifs.

Pour les petits clients captifs, il était initialement prévu, à titre de protection tarifaire, que les entreprises d'électricité alignent leurs tarifs sur les prix de revient du courant ou sur les coûts prévus dans les contrats d'achat à long terme. Or cette disposition qui figurait dans l'art. 5 de l'OApEI a été supprimée sous la pression du lobby formé par les grandes sociétés d'électricité. Les PME et les ménages subiront donc de plein fouet les tarifs des monopoles puisqu'ils ne peuvent s'y soustraire.

Cette situation est une absurdité de l'économie de marché : si les petits clients se retrouvent captifs en bout de chaîne et qu'ils ne peuvent opter pour d'autres fournisseurs d'électricité, il est contraire à la logique du système de voir les fournisseurs en amont se baser sur les prix de l'énergie sur le marché international et non sur les coûts d'achat effectifs. Les ventes d'électricité à l'étranger, où les prix sont plus élevés, affectent directement les petits clients captifs en Suisse. Tout monopole a tendance à faire payer sa clientèle captive pour attirer les gros clients dans un contexte concurrentiel. Le Conseil fédéral devra résoudre ce conflit d'intérêts inscrit dans l'OApEI.

[Rudolf Strahm/ Simon Pfister/ Véronique Pannatier Sutter/ Pamela Pestoni/ Beat Niederhauser]



Voir les documents suivants sur le site [www.monsieur-prix.admin.ch](http://www.monsieur-prix.admin.ch) sous «Thèmes»  
→ «Infrastructures» → «Electricité»:

- Rétribution de l'utilisation du réseau. Détermination de la rémunération du capital conforme au risque pour les gestionnaires du réseau électrique en Suisse (WACC), étude du 13 février 2007.
- Evaluation du 8 octobre 2007 de la procédure de consultation concernant la méthode WACC (en allemand).
- Résumé de l'évaluation de la consultation des milieux intéressés concernant la méthode WAAC, novembre 2007 (en allemand).

Renseignements complémentaires:  
Rudolf Strahm, tél. 031 322 21 02





## **Allarme sui prezzi dell'energia elettrica: falsa partenza della liberalizzazione del mercato elettrico**

*Secondo quanto previsto dal Consiglio federale, la nuova legge sull'approvvigionamento elettrico entrerà in vigore gradualmente fra il 1° gennaio e il 1° ottobre 2008. La nuova Commissione dell'energia elettrica ECom entrerà in funzione il 1° ottobre 2008 quale organo per la regolamentazione dei prezzi. Nel periodo di transizione, fino alla regolamentazione dei prezzi, costituisce tuttavia una concreta minaccia l'aumento dei prezzi che provocherebbe un effetto boomerang della liberalizzazione. Attualmente le reti elettriche che hanno adeguato le proprie tariffe - in media del 10 per cento - già note alla Sorveglianza dei prezzi sono più di 50. Inoltre, nelle prime tappe della liberalizzazione, previste fino al 2012, sussiste il concreto pericolo che le PMI e le economie domestiche con un consumo annuo inferiore ai 100'000 kWh – ovvero, i clienti vincolati - subiscano eccessivi aumenti di prezzo. Il Sorvegliante dei prezzi lancia l'allarme, anche in previsione della redazione dell'ordinanza.*

## **Periodo di transizione e cambiamento di sistema: occasione per un eccessivo aumento dei prezzi**

La liberalizzazione del mercato dell'energia elettrica inizialmente prevista dal Consiglio federale con l'entrata in vigore della legge sull'approvvigionamento elettrico fra il 1° gennaio e il 1° ottobre 2008, rischia di diventare una falsa partenza. Le aziende elettriche sfrutteranno il periodo di transizione per ritoccare repentinamente le proprie tariffe e per definire nuove strutture tariffarie, a volte completamente riviste e, in molti casi, anche per aumentare i prezzi in modo sproporzionato.

Stando alla consultazione sull'ordinanza sull'approvvigionamento elettrico, il nuovo organo per la regolamentazione del mercato dell'energia elettrica, ECom, potrà disciplinare le tariffe soltanto a partire dal 1° ottobre 2008. Solamente nel corso dell'anno prossimo, nel quadro del cosiddetto *unbundling*, le aziende elettriche dovranno presentare un piano tariffario trasparente che riporti separatamente le seguenti voci: 1. costo dell'energia (costo del prodotto); 2. corrispettivo per l'utilizzo della rete (costo di transito dell'energia elettrica); e 3. tasse pubbliche (concessioni, imposta sul valore aggiunto). Il cambiamento di sistema rappresenta però l'occasione, per numerose società elettriche, di rivalorizzare la propria rete e di adeguare il prezzo dell'energia a quello del mercato energetico internazionale, anch'esso aumentato. Ciò comporta naturalmente, in molti casi, aumenti di prezzo che risultano ingiustificati alla luce dei ragguardevoli introiti di tali aziende.

L'entrata in vigore graduale si colloca in un momento storico piuttosto sfavorevole: la lacuna nella regolamentazione tariffaria e la carenza di risorse energetiche che si avverte in tutta Europa rischiano di generare un'impennata delle tariffe prima che si arrivi ad un'adeguata situazione concorrenziale.

## **Ondata di aumenti**

Attualmente la Sorveglianza dei prezzi ha già ricevuto oltre 50 segnalazioni di aumento dei prezzi, inoltrate dalle imprese di approvvigionamento elettrico, le quali hanno già subito o prevedono di subire rincari e modifiche al piano tariffario da parte



dei propri fornitori. Purtroppo i rincari già resi noti sono solamente la punta dell'iceberg. Sicuramente vi saranno rincari generalizzati nei bacini d'utenza della Rätia Energie (Grigioni) e della EOS (Svizzera occidentale). Alcuni aumenti avverranno anche ad opera della CKW e di altri operatori nel settore dell'alta tensione, che genereranno aumenti sul prezzo finale presso numerosi distributori locali.

All'estero i costi dell'energia elettrica sono più elevati: si calcola, in media, di 6 centesimi in Austria, di 12 centesimi in Germania e di 1-2 centesimi in Francia. Alcune grandi aziende elettriche svizzere preferiscono fornire elettricità ai Paesi esteri piuttosto che a operatori e distributori locali; il motivo di tale scelta è semplice e rientra nella logica della liberalizzazione del mercato energetico: l'energia è fornita ove è possibile venderla al miglior prezzo. La minaccia della penuria energetica del prossimo decennio viene annunciata già oggi come imminente per mezzo di scenari inquietanti, di certo pervasi da una buona dose di retorica; scopo perseguito è quello di preparare il terreno già ora per gli aumenti tariffari previsti. Se diventa opinione diffusa che si vive una fase di penuria energetica, i privati non si stupiranno oltremodo degli aumenti della stagione fredda 2007/2008. Non intendiamo confutare le previsioni circa la futura scarsità di risorse, bensì precisare che nell'autunno 2007, nel bacino d'approvvigionamento svizzero, non vi saranno certamente interruzioni nella fornitura di corrente elettrica. Ad ogni modo già oggi si verificano momenti difficili in relazione alla capacità di trasporto nel settore dell'alta tensione.

Un problema di particolare rilievo è rappresentato dai rincari della EOS in Svizzera romanda dove, ad eccezione di Ginevra, le tariffe per l'energia elettrica hanno già superato quelle applicate in Svizzera tedesca. In futuro i clienti della Svizzera romanda dovranno pagare prezzi ancora più elevati poiché la EOS allineerà le proprie tariffe a quelle del mercato energetico estero e intende adeguare il suo utile a quello di imprese già ora quotate in borsa.

### **Tempistica errata**

La Sorveglianza dei prezzi è ancora responsabile, fino all'entrata in vigore della legge sull'approvvigionamento elettrico, della verifica delle tariffe sul mercato dell'energia elettrica, dopodiché tale competenza verrà ripresa dalla ElCom. Nel periodo di transizione, fino all'entrata in vigore a tutti gli effetti della legge sull'approvvigionamento elettrico (prevista per il 1° ottobre 2008), sarà veramente difficile individuare e perseguire eventuali abusi, poiché le società elettriche non avranno ancora l'obbligo di legge di aderire all'unbundling e di presentare un piano tariffario trasparente (suddivisione delle tariffe in costo dell'energia e corrispettivo per l'utilizzo della rete). Finché non vi sarà trasparenza, i costi di rete – che costituiscono più della metà del costo complessivo – potranno difficilmente essere definiti abusivi.

### **Pressione politica dei monopolisti**

Finora la Sorveglianza dei prezzi, nell'esame dell'abusività dei prezzi, ha concesso per il costo di transito dell'energia elettrica (corrispettivi per l'utilizzo della rete) una rendita sul capitale proprio, dopo aver versato le imposte, del 7,8 per cento (rispettivamente del 10 per cento prima di tale versamento) e un tasso di remunerazione del capitale investito (il cosiddetto WACC) tra il 4,5 e il 5 per cento. Nella consultazione



relativa al modello WACC e all'ordinanza sull'approvvigionamento elettrico, l'Unione delle centrali svizzere di elettricità (UCS) e la Federazione dei gestori della rete elettrica ad alta tensione, Swisselectric, hanno però richiesto un'aliquota WACC del 7-9 per cento, ciò che corrisponde a una rendita sul capitale proprio (dopo il versamento delle imposte) situabile tra il 16 e il 20,5 per cento. Se queste aliquote venissero effettivamente applicate, ci si dovrebbe aspettare una forte impennata del costo di transito dell'energia elettrica (cfr. l'analisi effettuata dalla Sorveglianza dei prezzi: "*Auswertung der Anhörung der interessierten Kreise zum WACC*").

Spetta ora al Consiglio federale stabilire il limite massimo provvisorio per il "congruo utile" nel settore del monopolio delle reti, inserendolo nell'ordinanza sull'approvvigionamento elettrico. I valori esatti dovranno essere definiti successivamente dalla EICOM. La rete elettrica continua a restare, anche durante e dopo la liberalizzazione, un monopolio naturale: per questo motivo anche le tariffe delle reti continuano a essere soggette, conformemente alla volontà del legislatore, a una regolamentazione dei prezzi.

### **PMI ed economie domestiche quali piccoli clienti vincolati**

La nuova legge sull'approvvigionamento elettrico prevede che, per il momento, soltanto i grandi consumatori, con un consumo annuale di oltre 100'000 kWh, possano scegliere liberamente il loro fornitore di elettricità. I clienti con un consumo inferiore di energia elettrica (circa Fr. 20'000.- di costi per la corrente elettrica) rimangono almeno fino al 2012 clienti vincolati. Le PMI e le economie domestiche possono quindi rifornirsi soltanto presso le aziende elettriche locali e sono vincolati alle loro tariffe.

Per quanto riguarda i piccoli clienti fissi, vincolati a tali condizioni, inizialmente era stato previsto che le aziende elettriche, nel senso di una protezione del prezzo, dovessero orientare le loro tariffe ai costi di produzione dell'elettricità o ai costi fissati conformemente ai contratti di fornitura a lungo termine. Questa disposizione dell'articolo 5 dell'ordinanza sull'approvvigionamento elettrico è stata stralciata a causa delle pressioni esercitate dalle grandi società elettriche. Le PMI e le economie domestiche che non possono evitare questa situazione sono quindi esposte alle tariffe di monopolio.

Questa soluzione è un controsenso dal punto di vista dell'economia di mercato: se i piccoli clienti finali sono vincolati e non possono rivolgersi ad altri fornitori di elettricità, è contrario al sistema il fatto che i fornitori di elettricità a monte si orientino ai prezzi internazionali dell'energia e non ai costi effettivi di approvvigionamento. In tal modo le vendite di energia elettrica all'estero, dove vigono prezzi elevati, si ripercuotono direttamente sui piccoli clienti vincolati residenti in Svizzera. Ogni monopolista ha la tendenza di salassare i clienti vincolati a un monopolio, allo scopo di allettare con i ricavi ottenuti i grandi clienti che si trovano in concorrenza. Il Consiglio federale dovrà risolvere questo conflitto di interessi prevedendo disposizioni adeguate nell'ordinanza sull'approvvigionamento elettrico.

[Rudolf Strahm/ Simon Pfister/ Véronique Pannatier Sutter/ Pamela Pestoni/ Beat Niederhauser]



Si vedano i seguenti documenti:

- Studie Netznutzungsentgelte. Ermittlung der risikogerechten Kapitalverzinsung der Schweizerischen Elektrizitätsnetzbetreiber (WACC) 13.2.2007.
- Auswertung der Vernehmlassung zum WACC, 8.10.2007.
- Kurzfassung der „Auswertung der Anhörung der interessierten Kreise“ zum WACC, Nov. 2007 pubblicato in [www.mister-prezzi.admin.ch](http://www.mister-prezzi.admin.ch) alla voce „Temi“ → „Infrastruttura“ → „Elettricità“.

Ulteriori informazioni:

Rudolf Strahm, tel. 031 322 21 02



## 2. KURZMELDUNGEN

### **Kinopreise und Verleihmieten in der Schweiz höher als im Ausland**

Die Preisüberwachung kommt auf Grund einer Analyse der schweizerischen Kinopreise zum Schluss, dass die Kinotarife in der Schweiz 45 bis 80 Prozent höher sind als im benachbarten Ausland. Die Schweizer Kinobetreiber bezahlen den Filmverleihfirmen durchschnittlich gegen Fr. 6.-/Eintritt und damit rund 50 Prozent mehr als in Deutschland und Frankreich (rund Fr. 4.-). Rund die Hälfte dieser Preisdifferenz lässt sich durch die höheren Kosten in der Schweiz begründen (Untertitelung, Werbung, etc.). Die verbleibenden Fr. -.80 bis Fr. 1.- an höheren Verleihabgaben pro Besucher stellen mithin eine Kaufkraftabschöpfung der Schweizer Konsumenten durch die Filmverleihunternehmen dar. Die Berechnungsmethode der Verleihpreise entspricht aber internationaler Usanz, weshalb der Preisüberwacher von einem formellen Eingriff gegenüber den Filmverleihern absieht. Die Preisüberwachung hat sich darauf beschränkt, den Filmverleihern eine Senkung der Verleihgebühr zu empfehlen, um diese Preise näher an das Niveau unserer Nachbarländern heran zu führen. Mehr auf unserer Webseite unter Themen > Diverse > Kino.

[Rudolf Strahm, Jörg Christoffel, Catherine Josephides Dunand]

---

### **Prix des billets de cinéma et de location des films plus élevés en Suisse qu'à l'étranger**

Sur la base d'une analyse des prix suisses des billets de cinéma, la Surveillance des prix arrive à la conclusion que les tarifs de cinéma en Suisse sont 45 à 80 % plus élevés que dans les pays voisins. Les exploitants suisses de salles de cinéma paient aux distributeurs une moyenne de Fr. 6.- par entrée, soit environ de 50 % de plus qu'en Allemagne et en France (environ Fr. 4.-). Près de la moitié de cette différence de prix s'explique par les coûts plus élevés en Suisse (sous-titrage, publicité, etc.). Les Fr. -.80 à Fr. 1.- qui restent sur ces recettes par spectateur constituent une absorption du pouvoir d'achat des consommateurs suisses par les entreprises de distribution cinématographique. La méthode de calcul des taxes des distributeurs correspond cependant à une usance internationale, raison pour laquelle le Surveillant des prix renonce à intervenir par le biais d'une décision formelle à l'encontre des distributeurs. La Surveillance des prix s'est limitée à recommander aux distributeurs une baisse de leurs taxes pour les rapprocher du niveau des pays voisins.

[Rudolf Strahm, Jörg Christoffel, Catherine Josephides Dunand]

---

### **SEPA**

Bei der Preisüberwachung gehen immer wieder Meldungen über hohe Gebühren im Auslandzahlungsverkehr ein. Dies war Anlass für eine Vorabklärung, welche Anfang diesen Jahres gestartet wurde. Ins Auge gefasst wurde unter anderem, dass ein Abkommen jedwelcher Art mit Europa gefordert werden könnte. In der Zwischenzeit haben die Banken erfolgreich über den Beitritt zur Single European Payment Area (SEPA) verhandelt. Ab 28. Januar 2008 steht es nun jeder Schweizer Bank prinzipiell offen, an SEPA teilzunehmen. Dadurch fallen einerseits die Gebühren der sogenannten Korrespondenzbanken (Akteure zwischen Sender- und Empfängerbank) weg und es entsteht andererseits Spielraum für Gebührensenkungen im Zahlungsverkehr in Euro zwischen allen teilnehmenden Banken. Angesichts dieser erfreulichen Entwick-



lung verzichtet die Preisüberwachung vorläufig auf weitere konkrete Forderungen bezüglich Auslandszahlungen und führt das Dossier in eine allgemeine Marktbeobachtung über.

[Rudolf Lanz]

---

### **Tarif 2007 pour les hospitalisations somatiques aiguës en division commune aux Hospices/CHUV, Hôpital Ophtalmique et Hôpital Orthopédique**

Le chef du département de la santé et de l'action sociale du canton de Vaud a soumis à la Surveillance des prix son projet d'arrêté fixant le tarif 2007 à la charge de l'assurance obligatoire des soins pour les hospitalisations somatiques aiguës en division commune aux Hospices/CHUV, Hôpital Ophtalmique et Hôpital Orthopédique. Vu l'échec des négociations tarifaires entre SantéSuisse et les Hospices/CHUV, le Conseil d'Etat devait fixer le tarif valable pour l'an 2007. La Surveillance des prix a analysé le dossier qui lui a été soumis et a envoyé sa recommandation à l'exécutif cantonal en août. Suite à cette recommandation les partenaires tarifaires ont pu trouver un accord sur le tarif 2007. La nouvelle convention a été soumise à la Surveillance des prix qui vient d'envoyer sa prise de position au Service de la santé publique du canton de Vaud. Le Conseil d'Etat doit maintenant approuver ou fixer le tarif 2007. Dans sa décision il doit mentionner l'avis du Surveillant des prix et, s'il s'en écarte, il doit en expliquer les raisons.

[Maira Fierri]

---

### **Inselspital Bern: Empfehlungen des Preisüberwachers zu den KVG-Tarifen 2006 und 2007**

Im Jahr 2006 hat das Spitalamt des Kantons Bern die Preisüberwachung zu den von den Tarifpartnern (Inselspital und SantéSuisse) ausgehandelten KVG-Tarife 2006 für die stationären Behandlungen der allgemeinversicherten innerkantonalen Patienten konsultiert. Die Preisüberwachung hat die Tarife einer kritischen Analyse unterzogen und anschliessend dem Regierungsrat des Kantons Bern eine Tarifempfehlung abgegeben. Nach dieser Empfehlung haben die Tarifpartner die Verhandlungen wieder aufgenommen und neue Tarife 2006 vereinbart. Die Preisüberwachung hat kürzlich zu Händen des Kantons zum neuen Tarifantrag erneut Stellung genommen.

Das Spitalamt des Kantons Bern hat der Preisüberwachung zudem die Vereinbarung zum KVG-Tarif 2007 für die stationären Behandlungen der allgemeinversicherten Akutpatienten unterbreitet. Die Preisüberwachung hat auch diesen Tarif kritisch analysiert und dem Kanton im Oktober 2007 eine Empfehlung dazu abgegeben.

Der Regierungsrat muss die Empfehlungen des Preisüberwachers von Gesetzes wegen in seinen Entscheiden anführen und gegebenenfalls begründen, wenn er diesen nicht folgt.

[Maira Fierri]



---

### **Valeur du point TARMED 2007 pour les prestations ambulatoires de l'Hôpital du Jura: recommandation du Surveillant des prix**

L'exécutif jurassien a soumis à la Surveillance des prix pour avis les propositions de valeur du point des partenaires tarifaires ainsi que la sienne. L'Hôpital du Jura a demandé une valeur du point de 96 centimes, Santésuisse de 86 et le gouvernement cantonal de 95. La valeur du point valable en 2006 était de 94 centimes. Au début du mois d'octobre la Surveillance des prix a recommandé au gouvernement jurassien de fixer, pour les prestations ambulatoires de l'Hôpital du Jura, une valeur du point TARMED de 82 centimes pour l'année 2007.

La valeur du point recommandée par la Surveillance des prix a été calculée selon une méthode qui s'inspire de celle valable durant la phase de neutralité des coûts. La méthode est la même pour toute la Suisse et a déjà été confirmée par le Conseil fédéral dans ses décisions sur les recours en matière de litiges sur les valeurs du point TARMED pour les hôpitaux. Le calcul de la valeur du point tarifaire se base sur les données du datenpool de Santésuisse relatives aux années 2003 (année de référence) et 2005 (année d'observation) corrigées pour tenir compte de particularités qui n'étaient pas prises en considération dans le datenpool. Il résulte du calcul une valeur du point inférieure à celle qui était en vigueur en 2006 en raison de l'explosion des coûts dans le secteur ambulatoire de l'Hôpital du Jura entre 2003 et 2005.

[Maira Fierri]

---

### **Umfassende Analyse zum Medikamentenmarkt**

Dr. Josef Hunkeler, Mitarbeiter der Preisüberwachung und Spezialist für Arzneimittelfragen, hat eine umfassende, 61-seitige Analyse zum Medikamentenmarkt verfasst. Die Broschüre „Medikamentenpreise und Medikamentenmarkt in der Schweiz. Eine Marktanalyse und Reformvorschläge zu administrierten Preisen“ (September 2007) kann bei der Preisüberwachung bestellt werden.

Die vollständige Broschüre ist auch auf Internet zugänglich und kann heruntergeladen werden unter: [www.preisueberwacher.admin.ch](http://www.preisueberwacher.admin.ch) → Themen → Gesundheitswesen → Medikamente.

Diese aktualisierte Publikation ist nur auf deutsch verfügbar. Die ursprüngliche Version des Textes von Josef Hunkeler ist im Jahr 2006 auf französisch im Sammelband erschienen und auch von den Akteuren der Gesundheitspolitik wie Bundesrat Pascal Couchepin oder BAG-Direktor Thomas Zeltner gelesen worden: P. Boschetti, P. Grobet, J. Hunkeler, G. Muheim: Le prix des médicaments. L'industrie pharmaceutique. (Editions d'en Bas. Lausanne 2006)

[Rudolf Strahm]



---

### Später Doktrinwechsel bei Cablecom

Jahrelang hatte die Cablecom das baldige Ende des Analog-Fernsehens heraufbeschworen und mit dieser Voraussage die Preisüberwachung, die Parlamentarier und das zuständige Departement von der raschen Digitalisierung des Kabelfernsehens zu überzeugen versucht. Und lange Zeit hat diese Firma tausende von Kunden mit der Abschaltung von Analogkanälen und dem damit verbundenen Zwang, eine bis April 2007 überteuerte Set-Top-Box der Cablecom zu beziehen, verärgert. Die Preisüberwachung konnte eine drastische Preissenkung der Set-Top-Box durchsetzen und forderte den Bundesrat auf, die die Must-Carry-Rule auf wichtige ausländische Programme auszudehnen: Aufgrund dieser Regel müssen nun alle Kabelfernsehbetreiber rund 20 Kanäle weiterhin analog anbieten. – Mit einer Pressemeldung vom 8. November 2007 hat Cablecom nun mitgeteilt, länger am Analogfernsehen festhalten zu wollen: „Wir haben den hohen Stellenwert des herkömmlichen analogen Fernsehens unterschätzt“, gestand Cablecom-Chef Rudolf Fischer ein. Die Digitalisierung sei ein Prozess, den man nicht zwangsverordnen könne, sagte Fischer. Man habe mittlerweile erkannt, dass analoges TV ein Wettbewerbsvorteil sein könne. Analoges TV werde auch nach 2010 ein Grundbedürfnis bleiben. – Auch Swisscable, der Verband der Kabelnetzbetreiber, beruhigte mit Inseraten die Kabelkunden: „Die 250 Schweizer Kabelnetzunternehmen verbreiten sämtliche SRG-TV-Programme auch in analoger Qualität. Dies wird bis weit nach 2010 der Fall sein.“ – Die Preisüberwachung hatte den Kabelchefs die Wünsche des Publikums aufgrund hunderter von Beschwerden zuvor längst zur Kenntnis gebracht.

[Rudolf Strahm]

### 3. VERANSTALTUNGEN/HINWEISE

-

Für zusätzliche Auskünfte zum Newsletter können Sie sich an den Informationsbeauftragten der Preisüberwachung, Rudolf Lanz, Tel. 031 322 21 05 bzw. [rudolf.lanz@pue.admin.ch](mailto:rudolf.lanz@pue.admin.ch) wenden.

Pour des renseignements complémentaires vous pouvez vous adresser à Marcel Chavaillaz, tél. 031 322 21 04 resp. [marcel.chavaillaz@pue.admin.ch](mailto:marcel.chavaillaz@pue.admin.ch).